

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin

13.10.2020

China will Zusammenarbeit mit Iran fördern.

Absage an «destruktive» US-Sanktionspolitik

China bringt sein Gewicht in der internationalen Politik immer stärker zur Geltung. Die Volksrepublik hat am Sonnabend eine Initiative vorgestellt, »die helfen soll, die Sicherheitsprobleme, vor denen die Golfregion und der Nahe Osten stehen, mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen und zugleich das Atomabkommen mit dem Iran zu schützen«, hieß es am Montag in der Renmin Ribao, dem Zentralorgan der KP Chinas. Der Schritt ist als direkte Antwort auf die aggressive Strategie der USA zu verstehen, deren Regierung in Washington am Donnerstag ihre Sanktionen gegen den Iran noch weiter verschärft hatte.

Der Außenminister der Volksrepublik, Wang Yi, sprach bei einem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammed Dschawad Sarif in der südwestchinesischen Provinz Yunnan über das Projekt. Als großes Land habe China die Verantwortung und Fähigkeit, die Ordnung im Nahen Osten zu stabilisieren und wiederherzustellen, sagte Wang. Die chinesische Initiative, die die Staaten der Region zusammenführen soll, sei eine Alternative zum »destruktiven Kurs« der US-Regierung.

Sarif antwortete, sein Land werde die Rolle Chinas bei der Umsetzung des Atomabkommens unterstützen und sei willens, bei dessen Verteidigung auch mit Russland und der EU zusammenzuarbeiten. Außerdem begrüße der Iran den chinesischen Vorschlag für eine regionale Verständigung und hoffe, dass die entsprechenden Staaten Flexibilität zeigen werden.

Am Donnerstag hatte das US-Finanzministerium bekanntgegeben, dass künftig der gesamte iranische Finanzsektor unter die allgemeinen Sanktionsregeln fällt. Zitiert wurde dabei in der Hauptsache die Verfügung 13902, die US-Präsident Donald Trump schon am 10. Januar dieses Jahres unterzeichnet hatte. Ein Anzeichen, dass Washington kaum neue Druckmittel gegen Teheran zur Verfügung hat, sondern lediglich die vorhandenen ausweitet und perfektioniert.

Die neue Anordnung des Finanzministeriums betrifft 18 namentlich genannte Banken. 16 von diesen wird lediglich pauschal und unwiderlegbar vorgeworfen, dass sie in Irans Finanzsektor tätig seien. Von einer weiteren Bank heißt es ohne erläuternde Zusätze, dass sie mit militärischen Kreisen verbunden und in »Proliferationstätigkeiten« verwickelt sei. Das deutet

auf Waffengeschäfte hin. Das letzte Geldhaus auf der Liste befindet sich der Ankündigung des Ministeriums zufolge im Besitz einer anderen sanktionierten Bank.

Konten und andere Vermögenswerte der 18 iranischen Banken in den USA, die jetzt beschlagnahmt werden könnten, gibt es gewiss nicht mehr. Es kann wahrscheinlich auch ausgeschlossen werden, dass in den Vereinigten Staaten ansässige Personen oder Unternehmen in den vergangenen Jahren Geschäfte mit diesen Banken gemacht haben. Bedroht und getroffen werden sollen aber durch indirekte Strafmaßnahmen alle nicht-US-amerikanischen Personen und Firmen, die Transaktionen mit iranischen Banken durchführen könnten. Ihnen droht nicht nur der Ausschluss vom Finanz- und Warenmarkt der USA, sondern sie könnten auch Opfer von Prozessen werden, in denen es um Geldstrafen in Milliardenhöhe geht.

Um ihnen Gelegenheit zur Abwicklung ihrer Verbindungen in den Iran zu geben, treten die indirekten Sanktionen erst 45 Tage nach ihrer Ankündigung in Kraft. Dann ist die US-Präsidentenwahl schon gelaufen. Falls Präsidentschaftskandidat Joseph Biden die Wahl gewinnt, könnte er die am Donnerstag verhängten neuen Sanktionen mit einer einfachen Unterschrift wieder aufheben, da sie nicht auf einem vom Kongress beschlossenen Gesetz, sondern nur auf einer Präsidentenverordnung beruhen.

Die Regierung in Teheran wirft den USA vor, es dem Iran durch das Verbot finanzieller Transaktionen unmöglich machen zu wollen, im Ausland Lebensmittel, Medikamente und medizinische Ausrüstung zu kaufen. Zwar steht im Erlass des Washingtoner Finanzministeriums, dass »humanitäre Güter« von den Sanktionen ausgenommen seien. Tatsache ist aber, dass der von den Strafmaßnahmen ausgehende Druck die meisten ausländischen Firmen von Geschäften mit dem Iran abschreckt.